



Reden

02.03.2011

Thema: Dringlichkeitsantrag zum Zensus

Florian Streibl (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Dass der Zensus wichtig ist, wissen wir alle. Die Behörden, die Exekutive, wir alle brauchen Daten, um planen zu können und zu wissen, wo und wie wir Schulen und Krankenhäuser bauen müssen. Es ist eine wichtige Erhebung im Hinblick auf die demografische Entwicklung in Deutschland, die auch ein Nachjustieren möglich machen soll. Man will wissen, wie die Wanderungsbewegungen im Land sind. Dennoch wissen wir, dass Volkszählungen und Datenerhebungen immer in der Gefahr sind, dass Daten nicht geschützt werden. Es gibt ein Missbrauchsrisiko. Auch bei der ersten Volkszählung, die vor 2.000 Jahren stattgefunden hat und geschichtlich belegt ist, waren die Daten nicht sicher. Man muss also immer einen Finger darauf legen und prüfen, wie alles funktioniert. Insofern begrüßen wir den Antrag und das Vorhaben, die Fragebögen auch in fremden Sprachen auszugeben. Wenn man Daten erheben möchte, müssen die Fragebögen so gestaltet sein, dass alle, die befragt werden, damit richtig umgehen können und die richtigen Antworten geben. Wichtig sind auch die Hilfsmerkmale. Das hört sich ein bisschen harmlos an. Aber die Hilfsmerkmale sind im Grunde die sensiblen, höchstpersönlichen Daten, die es zu schützen gilt. Diese Daten können die ganze Erhebung aufschlüsseln und sogar personenscharf machen. Deswegen ist es richtig, zu sagen, dass die Hilfsmerkmale zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu löschen sind, damit eine Verknüpfung zu Einzelpersonen nicht mehr stattfinden kann. Wir unterstützen auch den Berichtsantrag. Es geht auch auf unsere Anregung zurück, dass man die Vorsichtsmaßnahmen nicht auf Rechtsextremisten einschränkt, sondern auf alle Extremisten ausdehnt. Denn wenn bekannt ist, dass die NPD unterwegs ist, könnten auch andere Gruppierungen auf die Idee kommen, sich einzuklinken, um an gewisse Daten zu kommen. Deswegen sind wir froh, dass die Streichung vorgenommen worden ist. Denn es gibt nicht nur eine Bedrohung von rechts, sondern auch eine von links. Es gibt auch eine von religiösen Fanatikern. Auf diese Dinge muss man ein besonderes Augenmerk haben. Dann gibt es sensible Sonderbereiche, in denen Erhebungen gemacht werden können. Das sind zum Beispiel Heime, Krankenhäuser, Gefängnisse. Da muss man mit den Daten vorsichtig umgehen, oder man sollte sie gar nicht erst erheben. Denn da ist die Gefahr einer sozialen Stigmatisierung besonders gegeben, weil zum Beispiel genau gesagt werden könnte, wer an einem bestimmten Ort befragt worden ist. Was die Konnexität betrifft, müssen die Kommunen die finanzielle Ausstattung bekommen, die für die Erhebung notwendig ist. Wir haben zwar gehört, dass da alles geregelt sei, dass bereits 65 % der Kostenausgezahlt worden sind, aber man sollte trotzdem auf alles achten. Denn es könnte ja sein, dass die Erhebung teurer wird, dass man sich verschätzt hat und am Schluss notwendigerweise nachregulieren muss. Die Kommunen sollten nicht letztlich sozusagen die Hilfsbeamten der Erhebungsbehörden sein und auf den Kosten sitzen bleiben. Deswegen halten wir den Antrag für durchweg gut. Wir werden ihn unterstützen. Wir freuen uns natürlich, dass auch die CSU ihn unterstützt. Das ist fast eine erschreckende Art und Weise zwischen Schwarz und Grün. Eine solche Harmonie ist fast verdächtig. Liebe Kollegen von der FDP, Sie müssten einmal genauer hinschauen, was da los ist.
(Beifall bei den Freien Wählern)